

Prof. Dr. Harald Karutz ist Diplom-Pädagoge und Professor für Psychosoziales Krisenmanagement an der MSH Medical School Hamburg. Er forscht und lehrt zu pädagogischen, psychologischen und sozialwissenschaftlichen Fragestellungen im Bevölkerungsschutz und ist u.a. Mitglied im wissenschaftlichen Beirat des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.

## Welche Bildungsziele sollten im Bevölkerungsschutz angestrebt werden?

In Notfällen, Krisen- und Katastrophen sollte natürlich verantwortungsbewusst, angemessen und kompetent gehandelt werden können, um die jeweilige Situation bestmöglich zu bewältigen. Damit dies gelingt, reicht die bloße Vermittlung von Informationen und „Aufklärung“ – z. B. mit Broschüren – aber längst noch nicht aus: Wissen allein erzeugt keine Handlungskompetenz. Auch genügt es nicht, nur einzelne, technische „Skills“ zu trainieren, etwa die Anwendung eines Feuerlöschers oder das Durchführen von Erste-Hilfe-Maßnahmen.

Wünschenswert wäre es, gezielt viele einzelne Teilkompetenzen zu fördern, die erst im Zusammenwirken tatsächliche Handlungskompetenz entfalten. In unserem Forschungsprojekt zur Entwicklung einer bereichsspezifischen, kompetenzorientierten Bevölkerungsschutzdidaktik, das vom BBK finanziert worden ist, haben wir insgesamt 50 Teilkompetenzen identifiziert, die für den Bevölkerungsschutz von besonderer Bedeutung sind. Dazu gehören zum Beispiel auch Emotionsregulation, Solidaritätsfähigkeit, Improvisationsfähigkeit, Kreativität und Flexibilität. Nach hilfreichen Informationen suchen und diese verifizieren zu können ist ebenfalls wichtig, um nicht auf „Fake-News“ hereinzufallen. Individuelle Resilienz zu fördern sowie Risiken frühzeitig erkennen und sachgerecht bewerten zu können, stellen weitere Bildungsziele dar.

Außerdem kommt noch hinzu, dass eine bestimmte innere Haltung notwendig ist, um sich



Abb. 5: Harald Karutz | ©Harald Karutz

überhaupt mit möglichen Unglücken und Bedrohungsszenarien zu beschäftigen und darüber nachzudenken, was all diese Themen für jeden einzelnen und unsere Gesellschaft bedeuten. An dieser Haltung zu arbeiten, stellt eine anspruchsvolle Herausforderung dar. Auf jeden Fall sollten Bildungsziele viel umfassender gedacht und angegangen werden als nur darauf zu fokussieren, dass in jedem Haushalt Notvorräte angelegt werden und jeder verschiedene Sirensignale kennt. Selbstverständlich sind diese Aspekte wichtig – aber dies allein greift zu kurz.

## Welche Voraussetzungen müssen gegeben sein, damit sich notwendige Handlungskompetenzen überhaupt entwickeln lassen?

Auf der individuellen Ebene muss zunächst einmal erkannt werden: Notfälle, Krisen und Katastrophen betreffen auch mich selbst, und bestimmte Szenarien sind auch für mich selbst *relevant*. Dazu trägt Risikokommunikation bei, die verständlich und zielgruppenspezifisch angepasst dazu motivieren sollte, sich mit persönlicher Notfallvorsorge und Selbsthilfekompetenz zu beschäftigen, ohne in einer übertriebenen Weise Ängste zu schüren und dadurch vielleicht sogar psychologische Abwehrmechanismen zu aktivieren.

Auf einer systemischen Ebene gehört die Vermittlung von Handlungskompetenzen für Notfälle, Krisen und Katastrophen als Thema in die Erwachsenenbildung, v. a. aber in die Lehrpläne an Schulen. Aktuell wird dies ja auch im „Pakt für

den Bevölkerungsschutz“ angestrebt, was aus meiner Sicht richtig und zu begrüßen ist. Einzelne Unterrichtsstunden oder isolierte Projektstage zum Bevölkerungsschutz sind allerdings suboptimal. Wichtig wäre es, die angesprochenen Teilkompetenzen über einen längeren Zeitraum gezielt zu fördern und zu entwickeln. Dafür sind eine bildungstheoretische Fundierung und eine curriculare Verankerung erforderlich. Im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus, um ein positives Beispiel zu nennen, geschieht gerade genau dies: Dort wird herausgearbeitet, in welchen Fächern bereits Anknüpfungspunkte vorhanden sind, um Resilienz zu fördern. Diese Aspekte werden miteinander vernetzt, um die Vermittlung von Handlungskompetenz im Bevölkerungsschutz als eine fächerübergreifende Querschnittsaufgabe von Schulen zu begreifen. Diese Herangehensweise gefällt mir ausgesprochen gut.

Insgesamt wirkt sich Föderalismus in diesem Bereich allerdings eher ungünstig aus: Jedes Bundesland entwickelt nun wieder unterschiedliche Konzepte, weil Bildung natürlich in der Länderzuständigkeit liegt. In der Nationalen Resilienzstrategie der Bundesregierung wird explizit auf die Bedeutung von Bildung für die Entwicklung einer resilienten Gesellschaft hingewiesen. Im entsprechenden Umsetzungsplan spielen krisen- und katastrophenbezogene Bildungsangebote für die Bevölkerung aber eine eher untergeordnete Rolle, weil man hier offenbar v. a. die Länder in der Verantwortung sieht. Ein bundesweit einheitliches Gesamtkonzept aus einem Guss entsteht auf diese Weise jedoch nicht. Ich würde mir deshalb eine interministerielle Bund-Länder-Arbeitsgruppe wünschen, die bevölkerungsschutzpädagogische Leitlinien erarbeitet. Die Innen-, Kultus- und Gesundheitsressorts aus Bund und Ländern müssten in dieser Hinsicht enger und konstruktiver zusammenarbeiten, als es bislang geschieht. Das BBK könnte mit der Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und Zivile Verteidigung eine

zentrale Koordinationsaufgabe übernehmen.

Ein anderer Aspekt ist etwas Methodisch-Didaktisches: Der Umgang mit Notfällen, Krisen und Katastrophen ist emotional aufgeladen und stellt auch aus vielen anderen Gründen eine schwierige Herausforderung dar. Wie man diese Themen im Schulunterricht pädagogisch professionell, verantwortungsbewusst und u. a. auch traumasensibel vermitteln kann, sollte in die Ausbildung angehender Lehrkräfte integriert werden. Aktuell ist es so, dass viele Lehrkräfte sich in dieser Hinsicht selbst nicht gut vorbereitet fühlen. Wer jedoch unsicher und verunsichert ist, wird kaum Sicherheit vermitteln können. Deshalb sollte entsprechende Unterstützung angeboten werden. Geeignete Materialien für den Unterricht gibt es bislang allerdings nur wenige, und die bereits verfügbaren Angebote wie z. B. das Max-und-Flocke-Programm des BBK sind in Schulen kaum bekannt und verbreitet.

## Welche Rolle spielen psychosoziale Aspekte?

Psychosoziale Aspekte sind aus meiner Sicht für den Bevölkerungsschutz sehr bedeutsam, sie werden in ihrer Bedeutung teilweise aber noch immer unterschätzt. Mit Ängsten und Sorgen, Extremstress sowie mit Ohnmachts- und Überforderungsgefühlen angemessen umzugehen, ist für die Entwicklung von Handlungskompetenz in Notfällen, Krisen und Katastrophen extrem wichtig. Deshalb sollten gerade diese Aspekte in Bildungsprozessen für den Bevölkerungsschutz besonders in den Blick genommen werden.

Es gibt auch eine inhaltliche Verbindung zwischen Bildungsthemen im Bevölkerungsschutz und der Gesundheitsförderung bzw. der Entwicklung von Gesundheitskompetenz im Allgemeinen. Diese beiden Bereiche werden in der Praxis allerdings kaum zusammengedacht. Im Bevölkerungsschutz liegt der Fokus meist auf psychischen und körperlichen Verletzungen; bei der Entwicklung von Gesundheitskompetenz geht es häufig um Ernährung, Bewegung, Umgang mit

Suchtmitteln und anderes. Die Bewältigung von Notfällen, Krisen und Katastrophen erfordert jedoch vielfältige weitere psychosoziale Kompetenzen, die an der Schnittstelle zwischen Gefahrenabwehr und Gesundheitsförderung stärker gefördert werden könnten als bisher.

Dass einige Zusammenhänge in diesem Bereich nicht gesehen werden, zeigt sich an einem seltenen Paradoxon: Einerseits werden 10 Milliarden investiert, um den Bevölkerungsschutz zu stärken und für eine krisenfestere Gesellschaft zu sorgen. Gleichzeitig wird an psychosozialen Unterstützungsangeboten für Kinder und Jugendliche massiv gespart. Das Mental-Health-Coaches-Programm wurde z. B. abrupt beendet. Für die Etablierung von Schulgesundheitsfachkräften ist keine ausreichende Finanzierung vorhanden. Die personell chronisch unterbesetzte Schulsozialarbeit und Schulpsychologie wird den gegebenen Hilfebedarfen vielerorts nicht einmal ansatzweise gerecht. Die Honorierung von Therapieangeboten wurde erst vor kurzem gekürzt.

Hier passen strategische Entscheidungen m. E. nicht zusammen. Zahlreiche Studien weisen darauf hin, dass ein erheblicher Teil der Kinder und Jugendlichen in Deutschland psychisch belastet ist und Auffälligkeiten zeigt. Wenn aber schon im Alltag keine psychische Stabilität vorhanden ist, brauchen wir über Resilienz in Katastrophen und Zivilschutzlagen gar nicht erst zu sprechen. Deshalb sollte gerade auf die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen besonders geachtet werden. Auch dies gehört zum Bevölkerungsschutz: Eine krisenfeste Gesellschaft von morgen beginnt mit der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen heute.

**Wo sollten aus Ihrer Sicht Schwerpunkte von Bildungsangeboten im Bevölkerungsschutz liegen, damit Menschen im Ernstfall tatsächlich handlungsfähig sind?**

Anknüpfend an meine Antwort auf die vorherige Frage würde ich zunächst einmal vorschlagen,

für eine Stärkung von Gesundheit, Wohlbefinden und gesellschaftlichem Zusammenhalt *im Alltag* zu sorgen! Wer im Alltag stabil ist und gute Ressourcen hat, der bleibt wahrscheinlich auch in Notfällen, Krisen und Katastrophen relativ stabil. Jedes Bildungsangebot, das Gesundheit, Wohlbefinden und Zusammenhalt thematisiert, ist insofern immer auch ein Beitrag zum Schutz der Bevölkerung – das stellt den sehr weit gefassten, übergeordneten Gesamtzusammenhang dar.

Dann gibt es natürlich „spezialisierte“ Bildungsangebote – etwa Erste-Hilfe-Kurse, in denen auch einige Hinweise zu größeren Schadenslagen gegeben werden. Hier geht es um konkrete, einzelne Schutzmaßnahmen und hilfreiche Verhaltensweisen in konkreten Notfall- und Krisensituationen, was ja auch richtig ist. Allerdings könnten zielgruppenspezifische, v. a. auch kultur-, milieu- und diversitätssensible Differenzierungen weiter ausgebaut werden. Ganz klassische, tradierte Kursformate entsprechen eher einem Gießkannenprinzip, und viele Teilgruppen der Bevölkerung werden durch solche „Beschulungsmaßnahmen“ überhaupt nicht erreicht.

Aus diesem Grund sollte der Setting-Ansatz eine stärkere Beachtung finden: In den jeweiligen Lebenswelten sollte mit Menschen gemeinsam überlegt werden, was sie in ihrer Situation und ihrem Umfeld tun könnten, um für Notfälle vorzusorgen und möglichst gut gerüstet zu sein. Es geht also nicht darum, dass Experten von außen sagen, was denn nun richtig und wünschenswert ist, sondern dass jeder einzelne als Experte für sich selbst ernst genommen und gewürdigt wird. Hier wird auf Partizipation, Empowerment und auf die Stärkung vorhandener Ressourcen Wert gelegt – nicht darauf, dass man „etwas beigebracht bekommt“.

In diesem Sinne würde ich auch einen Fokus darauf legen, bereits bestehende Netzwerke zu unterstützen. Ebenso wie im Schulunterricht könnte z. B. auch im Sportverein, im Tanzclub,

in Siedlungsgemeinschaften, am Arbeitsplatz und beiden Pfadfindern darüber gesprochen werden, wie man sich in Notfällen, Krisen und Katastrophen gegenseitig unterstützen kann.

Abschließend würde ich gern noch auf ein wirklich großes Defizit hinweisen: Es muss m. E. viel deutlicher werden, *wofür* wir Selbsthilfefähigkeit überhaupt benötigen. Aktuell wird die Bedrohung durch einen russischen Aggressor sehr stark in den Vordergrund gestellt. Mit solchen Furchtappellen wird die erhoffte Wirkung allerdings kaum erzielt. Deutlich werden müsste zunächst einmal, dass sowohl Zivil- als auch Katastrophenschutz sehr viel mit unserem Leben in Freiheit, Wohlstand und Sicherheit zu tun hat – und dass es um die Aufrechterhaltung gemeinsamer Werte sowie unserer demokratischen Grundordnung geht. Dies deutlich zu machen, sollte auf jeden Fall ein Schwerpunkt von Bildungsangeboten im Bevölkerungsschutzkontext sein.

In der Schweiz wird in diesem Zusammenhang übrigens auch von „geistiger Landesverteidigung“ gesprochen. Dieser Begriff intendiert, dass es im Bevölkerungsschutz eben nicht um Vorbereitungen für einen Krieg, sondern letztlich immer um die Sicherung von Frieden und die Bewahrung von ideellen und materiellen Schutzgütern vor Schaden gehen muss. Wenn für den Schutz dessen motiviert werden soll, was eigentlich „gut“ ist – dann muss genau darüber aber erst einmal nachgedacht werden. Solche Reflexionen würde ich als eigentlichen Kern bevölkerungsschutzbezogener Bildung verstehen – sie finden in der öffentlichen und politischen Diskussion bislang allerdings nur sehr eingeschränkt statt.

**Wir danken Ihnen für das Gespräch und Ihre Perspektiven auf das Thema.**